



EU-Haushalt: Regionale Entwicklung und Kohäsionspolitik nach 2020

Straßburg, 29. Mai 2018

Für den kommenden langfristigen Haushalt der EU von 2021 bis 2027 schlägt die Kommission eine Modernisierung der Kohäsionspolitik vor. Die Kohäsionspolitik ist die wichtigste Investitionspolitik der EU und ein überaus konkreter Ausdruck ihrer Solidarität.

Trotz der wirtschaftlichen Erholung in der EU sind weitere Investitionsanstrengungen erforderlich, um die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu verringern. Mit einer Mittelausstattung von 373 Mrd. EUR^[1] für den Zeitraum 2021-2027 verfügt die Kohäsionspolitik über die Investitionskraft, um diese Lücken schließen zu helfen. Die Mittel werden weiterhin in Regionen gelenkt, die den größten Aufholbedarfs in Bezug auf die übrige EU haben. Gleichzeitig wird die Kohäsionspolitik weiterhin eine starke, direkte Verbindung zwischen der EU und ihren Regionen und Städten darstellen.

Der für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident, Jyrki **Katainen**, führte aus: „Im nächsten Jahrzehnt wird die Kohäsionspolitik allen Regionen dabei helfen, ihre Industrie zu modernisieren und in Innovation und die Umstellung auf eine CO₂-arme Kreislaufwirtschaft zu investieren. Darüber hinaus wird unser Vorschlag einen großen Beitrag zu einem unternehmensfreundlichen Umfeld in Europa leisten und günstige Voraussetzungen für Wachstum, neue Arbeitsplätze und Investitionen schaffen.“

Die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Corina **Cretu** erklärte: „Wir schlagen heute eine Kohäsionspolitik für alle Regionen vor, die niemanden zurücklässt. Wir haben sie flexibler gemacht, um sie an neue Prioritäten anpassen und unsere Bürgerinnen und Bürger besser schützen zu können. Auch die Regeln sind einfacher geworden, und das wird allen zugutekommen, angefangen bei den kleinen Unternehmen und Unternehmern bis hin zu Schulen und Krankenhäusern, die leichter Zugang zu Geldern haben werden.“

Nachstehend werden die wichtigsten Punkte des Kommissionsvorschlags für eine modernisierte Kohäsionspolitik dargelegt:

1. Fokus auf wichtige Investitionsprioritäten, bei denen die Union wirklich etwas bewegen kann Der Großteil der Investitionen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Kohäsionsfonds wird in die Bereiche Innovation, Unterstützung kleiner Unternehmen, digitale Technologien und Modernisierung der Wirtschaft fließen. Unterstützt wird außerdem die Umstellung auf eine CO₂-arme Kreislaufwirtschaft und die Bekämpfung des Klimawandels gemäß dem Übereinkommen von Paris.

2. Eine Kohäsionspolitik für alle Regionen und ein bedarfsgerechterer Ansatz bei der regionalen Entwicklung

- **In alle Regionen investieren:** Einige Regionen, zumeist im Süden und Südosten Europas, hinken in Bezug auf Wachstum oder Einkommen noch immer hinterher und werden auch künftig beträchtliche Unterstützung durch die EU erhalten. Die Kohäsionspolitik wird weiterhin in alle Regionen investieren, da viele Regionen in ganz Europa – auch in reicheren Mitgliedstaaten – Schwierigkeiten haben, den industriellen Wandel zu bewältigen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und sich in einer globalisierten Wirtschaft zu behaupten.
- **Ein bedarfsgerechterer Ansatz:** In der Kohäsionspolitik gibt es auch weiterhin drei Kategorien von Regionen: weniger entwickelte Regionen, Übergangsregionen, stärker entwickelte Regionen. Um die Unterschiede zu verringern und Regionen mit niedrigem Einkommen und geringem Wachstum zu helfen, ihren Rückstand aufzuholen, bleibt das Pro-Kopf-BIP das wichtigste Kriterium für die Zuweisung von Mitteln. Daneben sollen neue Kriterien die Realität vor Ort besser widerspiegeln – Jugendarbeitslosigkeit, niedriger Bildungsstand, Klimawandel und die Aufnahme und Integration von Migranten.
- **Von der örtlichen Bevölkerung betrieben:** Die Kohäsionspolitik für 2021-2027 steht für ein Europa, das stärkt, indem es von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklungsstrategien unterstützt. Die lokalen, städtischen und territorialen Behörden werden stärker in die Verwaltung der EU-Mittel eingebunden, und höhere Kofinanzierungssätze werden die

Eigenverantwortung für EU-geförderte Projekte in Regionen und Städten stärken.

3. Weniger, klarere, kürzere Regeln und ein flexiblerer Rahmen:

- **Vereinfachung des Zugangs zu den Fonds:** Die Kommission schlägt vor, die Vorschriften für den nächsten langfristigen EU-Haushalt zu vereinfachen, mit einem geringeren Verwaltungsaufwand und weniger aufwendigen Kontrollen für die Unternehmen und Unternehmer, die EU-Unterstützung in Anspruch nehmen.
- **Ein einheitliches Regelwerk:** Ein einheitliches Regelwerk gilt nun für sieben EU-Fonds, die gemeinsam mit den Mitgliedstaaten umgesetzt werden („geteilte Mittelverwaltung“), was den Verwaltern der EU-Finanzierungsprogramme das Leben erleichtert. Dadurch werden zudem Synergien ermöglicht, z. B. zwischen den kohäsionspolitischen Mitteln und dem Asyl- und Migrationsfonds bei der Entwicklung lokaler Integrationsstrategien für Migranten. Der Rahmen erlaubt auch effizientere Verbindungen mit anderen Mitteln aus dem Instrumentarium des EU-Haushalts. So können die Mitgliedstaaten beispielsweise beschließen, einen Teil ihrer kohäsionspolitischen Mittel auf das Programm InvestEU zu übertragen.
- **Anpassung an den Bedarf:** Der neue Rahmen kombiniert außerdem die für eine langfristige Investitionsplanung erforderliche Stabilität mit dem richtigen Maß an Flexibilität, um auf unvorhergesehene Ereignisse eingehen zu können. Bei einer Halbzeitevaluierung wird festgestellt, ob Programmänderungen für die letzten zwei Jahre des Programmplanungszeitraums erforderlich sind, und es können begrenzte Mittelübertragungen innerhalb von EU-Finanzierungsprogrammen vorgenommen werden.

4. Eine stärkere Verbindung zum Europäischen Semester der wirtschaftspolitischen Koordinierung, um das Investitionsumfeld in Europa zu verbessern Die Kommission schlägt vor, die Kohäsionspolitik und das Europäische Semester stärker zu verknüpfen, um ein wachstums- und unternehmensfreundliches Umfeld in Europa zu schaffen, damit sowohl die EU- als auch die nationalen Investitionen ihr volles Potenzial entfalten können. Diese stärkere kohäsionspolitische Unterstützung für Strukturreformen wird für eine umfassende Komplementarität und Koordinierung mit dem neuen, erweiterten Reformhilfeprogramm sorgen.

Nächste Schritte

Mit einer nie dagewesenen Transparenz stellte die Europäische Kommission ihre Vorschläge für den neuen langfristigen EU-Haushalt am 2. Mai erstmals sowohl zu jeweiligen als auch zu konstanten Preisen von 2018 vor. Gleichmaßen veröffentlicht die Kommission heute die kohäsionspolitischen Zuweisungen an die Mitgliedstaaten sowohl zu jeweiligen als auch zu konstanten Preisen von 2018 (siehe Anhang).

Eine rasche Einigung über den gesamten langfristigen EU-Haushalt und die sektoralen Vorschläge ist von entscheidender Bedeutung dafür, dass die EU-Mittel sobald wie möglich vor Ort Wirkung zeigen können.

Verzögerungen wie zu Beginn des laufenden Haushaltszeitraums 2014-2020 würden dazu führen, dass 100 000 von der EU finanzierte Projekte nicht rechtzeitig anlaufen könnten: Viele renovierungsbedürftige Schulen müssten warten, medizinische Ausrüstung würde verspätet an Krankenhäuser geliefert, oder kleine Unternehmen müssten Investitionen ohne die nötige Rechtssicherheit planen.

Bei einer Einigung über die nächste mehrjährige Finanzplanung im Jahr 2019 wäre für einen nahtlosen Übergang zwischen der aktuellen langfristigen Finanzplanung (2014-2020) und der neuen Finanzplanung gesorgt. Damit wären Berechenbarkeit und Kontinuität der Finanzierung zum Vorteil aller Beteiligten gesichert.

Weitere Informationen

Regionale Entwicklung und Kohäsionspolitik nach 2020: [Fragen und Antworten](#)

[Rechtsakte und Factsheets:](#)

- Regionale Entwicklung und Zusammenhalt: der neue Rahmen auf einen Blick
- Ein bedarfsgerechterer Ansatz bei der regionalen Entwicklung
- Ein einfacherer und flexiblerer Rahmen für die Kohäsionspolitik
- Eine stärkere Verbindung zum Europäischen Semester und der wirtschaftspolitischen Steuerung der Union
- Mehr Möglichkeiten für Synergien im EU-Haushalt

Weitere Informationen über den EU-Haushalt für die Zukunft finden Sie [hier](#)

ANHANG

Kohäsionspolitische Zuweisungen für 2021-2027

Die Europäische Kommission demonstrierte eine nie dagewesene Transparenz, indem sie ihre Vorschläge für den neuen langfristigen EU-Haushalt am 2. Mai erstmals sowohl zu jeweiligen als auch zu konstanten Preisen von 2018 vorstellte. Gleichmaßen veröffentlicht die Kommission auch die entsprechenden Zahlen für die verschiedenen Ausgabenprogramme sowohl zu jeweiligen als auch zu konstanten Preisen von 2018.

	<i>2018 prices</i>	<i>Current prices</i>
BE	2 443 732 247	2 754 198 305
BG	8 929 511 492	10 081 635 710
CZ	17 848 116 938	20 115 646 252
DK	573 517 899	646 380 972
DE	15 688 212 843	17 681 335 291
EE	2 914 906 456	3 285 233 245
IE	1 087 980 532	1 226 203 951
EL	19 239 335 692	21 696 841 512
ES	34 004 950 482	38 325 138 562
FR	16 022 440 880	18 058 025 615
HR	8 767 737 011	9 888 093 817
IT	38 564 071 866	43 463 477 430
CY	877 368 784	988 834 854
LV	4 262 268 627	4 812 229 539
LT	5 642 442 504	6 359 291 448
LU	64 879 682	73 122 377
HU	17 933 628 471	20 247 570 927
MT	596 961 418	672 802 893
NL	1 441 843 260	1 625 023 473
AT	1 279 708 248	1 442 289 880
PL	64 396 905 118	72 724 130 923
PT	21 171 877 482	23 861 676 803
RO	27 203 590 880	30 765 592 532
SI	3 073 103 392	3 463 528 447
SK	11 779 580 537	13 304 565 383
FI	1 604 638 379	1 808 501 037
SE	2 141 077 508	2 413 092 535

[1] zu jeweiligen Preisen – inflationsbereinigt.

IP/18/3885

Kontakt für die Medien:

[Johannes BAHRKE](#) (+32 2 295 86 15)

[Sophie DUPIN DE SAINT-CYR](#) (+32 2 295 61 69)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)